



Die Linke

Fraktion in der
Marburger Stadtver-
ordnetenversammlung

Elisabethstr. 9
35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 12.7.2024

Die jüngste Stadtverordnetensitzung bot ein stattliches Themen- und Arbeitspensum: 43 Kleine Anfragen der Stadtverordneten, 2 Dringlichkeitsanträge (DA), 9 Magistratsvorlagen, 14 Anträge der Fraktionen und 6 Kenntnisnahmen von Projekten, die sich bereits in der Umsetzung befinden. 5 Aussprachen waren angekündigt, 2 Setzpunkte (kurze Stellungnahme) zu einstimmigen Absichten. Zudem wollten die Stadtverordneten gegen 18 Uhr die Eröffnung des Stadtfestes „3 Tage Marburg“ begleiten.

Tatsächlich beraten wurde nur ein Bruchteil, weil sich die Diskussion bereits bei der Magistratsvorlage „Sicherheit für den Öffentlichen Raum in der Marburger Innenstadt“ verhakte.

So kamen nur 3 Themen zur Aussprache: Anbahnung einer Städtepartnerschaft mit einer ukrainischen Kommune, Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2022 und das Sicherheitskonzept.

Zwei Dringlichkeitsanträge – einer wird angenommen

Wie üblich begann die Sitzung mit der Feststellung der Tagesordnung (TO). Dazu musste erst entschieden werden, ob die beiden Dringlichkeitsanträge auf die Tagesordnung genommen werden. Die Fraktion Marburger Linke & PIRATEN wollte unverzüglich die Terminvergabe in der Ausländerbehörde verbessert wissen. Dem stimmte einzig die Fraktion Die Linke zu. Das Thema kommt auf die reguläre TO der September-Sitzung. Der DA der Fraktion Die Linke ging auf eine Anregung des Magistratsmitglieds Henning Köster zurück und verlangte die schnelle Einrichtung einer Filiale der Deutschen Post am Richtsberg, wo man seit Monaten unversorgt ist. Das Anliegen wurde auf die TO genommen und einstimmig so beschlossen.

Überall sollten sich Städte durch Partnerschaften unterstützen

Zur Vorlage des Magistrats, Bedingungen und Möglichkeiten einer Solidaritätspartnerschaft zur Unterstützung einer ukrainischen Kommune

zu eruieren, äußerte sich Jan Schalauske für Die Linke differenziert. Die Fraktion Die Linke unterstütze Städtepartnerschaften als einen Ausdruck internationaler Verständigung und „ein Stück gelebte Solidarität von Unten“. Aber das müsse für alle Regionen der Welt gelten. „Eine selektive Herangehensweise, ein Messen mit zweierlei Maß ist aus unserer Sicht nicht die richtige Herangehensweise“, so Schalauske Ausschlagge-

bend dürften nicht Gesichtspunkte des Auswärtigen Amtes sein, denen zufolge zum Beispiel eine Städtepartnerschaft mit dem kurdischen Rojava nicht verwirklicht worden sei – so der Oberbürgermeister.

Finanzielle Zukunft der Stadt – bedenklich (CDU) oder gut aufgestellt (Die Linke)?

Erwartungsgemäß gingen die Einschätzungen zur Haushaltssituation, auch der Beurteilung des Rechnungsprüfungsamts, zwischen Konservativen und Der Linken deutlich auseinander. Die CDU wies auf gesunkene Einnahmen aus der Gewerbesteuer hin und mahnte „Haushaltsdisziplin“ an, womit sie in der Regel Sparmaßnahmen beschreibt. Jan Schalauske dagegen: „Als Fraktion Die Linke verstehen wir unter Umsicht eher, sich auch die Einnahmenseite genau anzuschauen und zu überlegen, ob mit Blick auf notwendige Ausgaben für einen sozialökologischen Umbau der Stadt nicht der Zustand der Niedrigsteuersatzstadt zu beenden ist und mit einem erhöhten Gewerbesteuerhebesatz - ähnlich wie in vergleichbaren Städten - so manche Finanzierung geleistet werden kann.“ Für wichtige Projekte würde oft nur ein Bruchteil der veranschlagten Summen tatsächlich auch umgesetzt. Wenn die CDU „Haushaltswahrheit“ einfordert, meint sie in der Regel niedrigere Ansätze und damit bescheidenere kommunalpolitische Ziele. Jan Schalauske dagegen: Zukunftssichere Haushaltspolitik bedeute für Die Linke, die finanzkräftigen Unternehmen stärker zum Gemeinwohl beitragen zu lassen.

Was bedeutet Sicherheit und wie erlangt man sie?

Eine hitzige Debatte gab es zum Sicherheitskonzept, das der Magistrat vorlegte. Es umfasst ein Paket unterschiedlichster Maßnahmen: einerseits mit deeskalierender Funktion, aber überwiegend deutlich auf Repression setzend. Renate Bastian stellte für die Fraktion Die Linke fest, dass alle an der Diskussion Beteiligten Marburg als eine „sichere Stadt“ bezeichneten. Es könne jedoch zutreffen, dass das subjektive Sicherheitsempfinden nicht mit der objektiven Sicherheitslage korreliere. Dem sei durch verstärkte repressive Maßnahmen nicht beizukommen. Grundsätzlich gelte für Die Linke, dass mehr Polizeipräsenz, Überwachungskameras oder gar Waffenverbotszonen nicht die Ursachen besonders von Jugendstraftaten beseitigen. Notwendig seien soziale Unterstützung und attraktive Begegnungsorte.

Miguel Sanchez, Stadtverordneter der Fraktion Die Linke, untermauerte eindrücklich aus seiner täglichen Erfahrung als Straßensozialarbeiter die Notwendigkeit einer präventiven Sozial- und Jugendpolitik. Sicherheit schaffe man, wenn die Stadt die Gründe für Unzufriedenheit, für Frustration, für Schutzlosigkeit bekämpft, statt gegen Symptome anzugehen.

Die CDU/FDP/BfM-Fraktion wollte jedoch mit einem eigenen Antrag unbedingt Waffenverbotszonen durchsetzen. Dabei hat sich längst erwiesen, dass solche Verbotszonen kaum der Prävention von Straftaten oder dem Sicherheitsgefühl dienen. Die überwiegende Mehrheit des Hauses – einschließlich Der Linken – lehnte einen entsprechenden Antrag ab. Die Fraktion Die Linke stimmte Einzelmaßnahmen wie Beleuchtung, Heimwegtelefon oder „freundliche Uffpasser“ zu, wandte sich aber entschieden gegen Überwachungskameras und verstärkte Polizeipräsenz.

Nach 9 Uhr keine Debatten mehr

Da zu vorgerückter Stunde nach der Geschäftsordnung keine Aussprachen mehr geführt werden, musste eine Reihe von Anträgen auf die Sitzung im September verschoben werden.

Die neue Vorhabenliste der Stadt Marburg wurde jedoch mehrheitlich beschlossen; in Vorbereitung der Kommunalwahl 2026 sollen stadtteilbezogenen Befragung zur neuen Einrichtung von Ortsbeiräten durchgeführt werden..

Die Fraktion Die Linke errang eine Mehrheit für Gedenkveranstaltungen zum 8. Mai, dem Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, und zur stadtplanerischen Bedeutung des Geländes Alte Uni-Bibliothek/Phil-Fak-Gelände. Dass dort kein Polizei-Präsidium residieren soll, wollte die Mehrheit nicht beschließen.

Unter dem Strich bleibt festzuhalten, dass die Fraktion Die Linke auch in dieser Sitzung wichtige Beschlüsse für das Zusammenleben in der Stadt Marburg durchsetzen konnte und bei anderen Themen ihre Haltung deutlich artikulierte.

Freundliche Grüße von der Fraktion Die Linke

Renate Bastian, Miguel Sanchez, Jan Schalauske